

# Stoiber will Wirtschaft ankurbeln

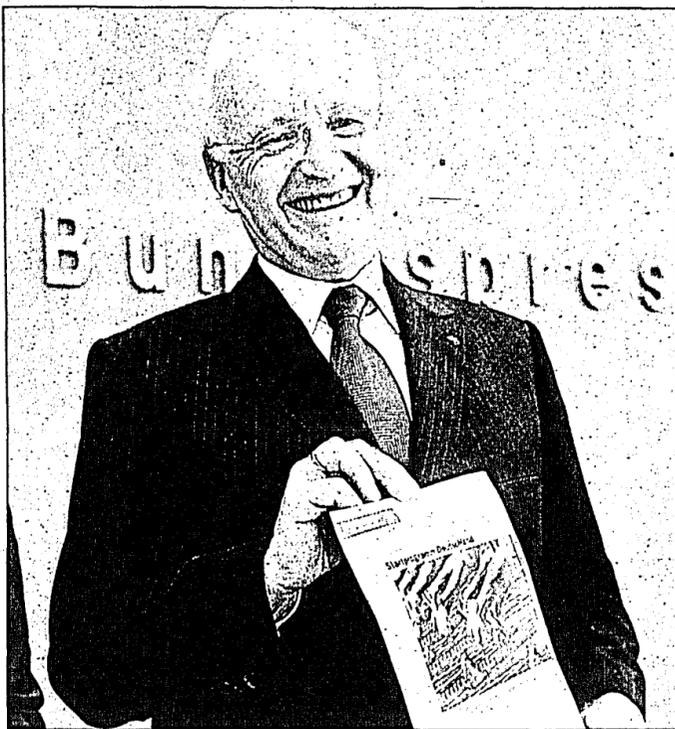
Der Kanzler-Kandidat der Unions-Parteien hat im Falle eines Wahlsieges hohe Ziele

BERLIN: Der Kanzler-Kandidat der deutschen Unions-Parteien, Edmund Stoiber, will im Falle eines Sieges bei der Bundestagswahl am 22. September vor allem die Wirtschaft ankurbeln. Zudem soll möglichst rasch die hohe Arbeitslosigkeit verringert werden.

Stoiber sagte am Freitag bei der Präsentation seines «Startprogrammes» in Berlin: «Wir müssen noch in diesem Herbst die Weichen auf Aufschwung stellen.» Die Konjunktur sei eingebrochen, die Steuer-Einnahmen sanken dramatisch. Die rot-grüne Regierung werde als Schlussbilanz einen «blauen (Mahn-)Brief» der EU-Kommission erhalten. In dem «Sofortprogramm für ein leistungsfähiges und soziales Deutschland» werden 50 Punkte genannt, die die Union in den ersten sechs Monaten entscheiden oder einleiten will. Die Kosten von 9 bis 10 Milliarden Euro könnten «solide finanziert» werden, heisst es.

### Kritik von der SPD

Die Sozialdemokraten nannten das Programm eine «Kurzfassung des Altbekanntes». SPD-Generalsekretär Franz Müntefering sagte, das Konzept sei sozial unausgewogen, nicht finan-



Union-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber präsentierte sein Startprogramm.

zierbar, in weiten Teilen unklar und in vielen Punkten unrealistisch. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sprach von «klaren Kampfansagen».

Die FDP als potenzieller Koalitions-Partner der Unions-Parteien stuft insbesondere die Vorschläge zur Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-Politik als «mutlos und unrealistisch» ein. Mit «Marktwirtschaft light» sei aber der Aufschwung nicht zu erreichen.

Stoiber will zur konjunkturellen Erholung insbesondere ein Bündnis mit dem Mittelstand anstreben, der Milliarden-Investitionen zurückhalte und schnell Arbeitsplätze schaffen könne. Aber auch die Rahmenbedingungen für grosse Unternehmen sollten verbessert werden.

### Reduktion der Arbeitslosigkeit

Stoiber sagte, ein flexiblerer Arbeitsmarkt sei «seit Jahren überfällig». Er warf SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder vor: «Der schlimmste Fehler war vier Jahre ruhige Hand in der Arbeitsmarkt-Politik.»

Um die Zahl von mehr als vier Millionen Arbeitslosen zu verringern, sollen Zeit- und Leiharbeit ausgeweitet sowie mehr befristete und Niedriglohn-Stellen ermöglicht werden. Arbeitslose sollen Angebote nur nach strengeren Kriterien ablehnen können.

In Ostdeutschland soll im nächsten Jahr neben dem Wiederaufbau nach der Flut-Katastrophe ein Investitions- und Innovationsprogramm für zwei Milliarden Euro realisiert werden.

## Streitgespräch in der FPÖ-Spitze

WIEN: Die Spitze der FPÖ ist zu einem Krisentreffen zusammengekommen, um den Konflikt zwischen Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer und dem Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider zu bereinigen. Die Regierungsmitglieder der Freiheitlichen Partei sowie der Koalitionspartner, die ÖVP, halten nach der Hochwasserkatastrophe ein Verschieben der für 2003 geplanten Steuerreform für unerlässlich. Doch Haider beharrt auf deren Umsetzung, obwohl er seine Forderung nach einem Volksbegehren vorerst nicht weiter verfolgen will.

Die erste klärende Zusammenkunft hat nach Angaben der FPÖ-Politikerin Ursula Haubner am Donnerstag in Wien stattgefunden. Haubner ist Haiders Schwester und ausserdem Landesrätin der FPÖ im Bundesland Oberösterreich. Wie die Nachrichtenagentur APA berichtete, bestätigte Haubner am Freitag, dass an dem Treffen ausser Riess-Passer und Haider auch alle Regierungsmitglieder der FPÖ teilgenommen haben. Der Generalsekretär der Freiheitlichen Partei, Karl Schweitzer, erklärte laut APA, «ein ordentliches Ergebnis» werde an der Sitzung des Bundesparteivorstands am Dienstag präsentiert, bis dahin plädiere er dafür, die Diskussion intern zu führen.

# EU geht bei Irak zunehmend auf Distanz zu USA

Aussenminister bestätigen Zeitplan für Erweiterung – Reformen in der Türkei gelobt

HELSINGÖR: Die Europäische Union geht im Streit um die künftige Irak-Politik zunehmend auf Distanz zu den USA. EU-Aussenkommissar Chris Patten mahnte am Freitag zum Auftakt eines zweitägigen Treffens der EU-Aussenminister im dänischen Helsingör, einen kühlen Kopf zu bewahren. Auch EU-Chefdiplomat Javier Solana sagte, es sei jetzt nicht die Zeit für Entscheidungen.

Bundesaussenminister Joschka Fischer bekräftigte seine «tiefe Skepsis» gegenüber amerikanischen Überlegun-

gen, Präsident Saddam Hussein mit militärischer Gewalt zu stürzen. Fischer sagte auf einer Parteiveranstaltung in Frankfurt an der Oder, die Risiken eines Angriffs seien unkalkulierbar.

Der deutsche Aussenminister wurde erst am Abend in Helsingör erwartet. Der dänische Aussenminister und amtierende EU-Ratsvorsitzende Per Stig Møller betonte aber: «Wir müssen den Druck auf Saddam Hussein aufrecht erhalten, damit die UN-Waffeninspektoren zurück in das Land können.» Offiziell wollten die Aussenmi-

nister am Samstag über die Irak-Politik sprechen. Die USA haben wiederholt mit einem Angriff auf Irak gedroht, um Staatschef Saddam Hussein zu stürzen. Besonders Deutschland und Frankreich haben sich gegen einen militärischen Einsatz ausgesprochen und dringen darauf, dass die UN-Waffeninspektoren wieder aufgenommen werden. Grossbritannien steht dagegen eher auf der Seite Washingtons.

Zudem schwelt der Streit zwischen EU und USA über den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) weiter. Nach ei-

nem Kompromiss zwischen den USA und den Vereinten Nationen werden US-Soldaten für ein Jahr von einer Strafverfolgung ausgenommen. Derzeit versuchen die USA, mit Drittstaaten bilaterale Abkommen zu vereinbaren, die ihren Soldaten in diesen Ländern generell Straffreiheit zusichern. Bislang sind Rumänien und Israel eine solche Vereinbarung eingegangen, die Schweiz hat dies abgelehnt. Die EU-Kommission hält das Vorgehen der USA für vertragswidrig. Die EU-Staaten sind starke Befürworter des Gerichtshofs.

## TV-Duell ohne Westerwelle

KARLSRUHE: Auch das zweite Fernsehduell der Kanzlerkandidaten wird ohne Guido Westerwelle stattfinden. Der FDP-Chef scheiterte am vor dem Bundesverfassungsgericht einer Verfassungsbeschwerde und einem Antrag auf einstweilige Anordnung. Damit hatte er seine Teilnahme am öffentlich-rechtlichen TV-Duell zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Herausforderer Edmund Stoiber am 8. September erzwingen wollen. Der Zweite Senat in Karlsruhe nahm die Anträge am Freitag aber gar nicht erst zur Entscheidung an. Während die FDP enttäuscht reagierte, zeigten sich ARD und ZDF zufrieden. Mit ähnlichen Eilanträgen war Westerwelle zuvor schon beim Oberverwaltungsgericht Münster und beim Verwaltungsgericht Köln gescheitert. Die Karlsruher Richter erklärten nun, die Beschwerde Westerwelles habe weder eine verfassungsrechtliche Bedeutung noch ausreichend Aussicht auf Erfolg. Das TV-Duell beruhe auf einem schlüssigen journalistischen Entwurf, der unter dem Schutz der Rundfunkfreiheit stehe.

# Geiselnahme in Mazedonien verschärft Spannungen

Zwei Mazedonier albanischer Abstammung von Polizei erschossen

SKOPJE: Wenige Wochen vor den Parlamentswahlen in Mazedonien hat eine Geiselnahme die ethnischen Spannungen in der Region verschärft. Bewaffnete Männer hielten nach Angaben des Innenministeriums vom Freitag einen Bus bei der 60 Kilometer westlich von Skopje gelegenen Stadt Gostivar an. Acht Personen wurden entführt, später wurden drei von ihnen wieder freigelassen, wie ein Vertreter der NATO sagte.

Die Geiselnahme könnte eine Reaktion auf die Festnahmen der vergangenen Woche im Anschluss an den Mord an zwei mazedonischen Polizisten gewesen sein, wie der Sprecher des Innenministeriums, Voislav Zafirovski, sagte. Laut Angaben der NATO, die die Geiselnahme sowie die Europäische Union und die Vereinigten Staaten verurteilte, wollen die Entführer alle Geiseln töten, wenn nicht drei nach dem Polizistenmord festgenommene ethnische Albaner freigelassen werden. Um diese Freilassungen durchzusetzen, blockierten unterdessen Mazedonier albanischer Abstammung die Hauptstrasse bei Gostivar. Unter den Festgenommenen ist auch der ehemalige albanische Rebellenführer Ali Ahmeti, der bei den Wahlen kandidiert. Am 15. September finden in dem Balkanstaat die ersten

Parlamentswahlen seit dem bewaffneten Aufstand der albanischen Minderheit im Februar vergangenen Jahres statt. Die NATO hatte die mazedonischen Behörden vor der Festnahme Ahmetis gewarnt, dass diese die ethnischen Spannungen verschärfen könne. Die Mazedonier albanischer Abstammung, die etwa ein Drittel der zwei Millionen Einwohner des Balkanstaates ausmachen, fordern weiterhin mehr Rechte für ihre Volksgruppe. Bei einem Zwischenfall auf der Strasse von Gostivar nach Tetovo wurde Zafirovski zufolge ein Mazedonier albanischer Abstammung von Polizisten

erschossen und einer verletzt. Spezialeinheiten der Polizei blockierten die Strassen und Siedlungen in der Umgebung und riegelten das Dorf Zerovljane ab, wie Augenzeugen berichteten. Dabei wurde ein weiterer ethnischer Albaner in der Nacht zum Freitag erschossen.



Eine Geiselnahme verschärft in Mazedonien wenige Wochen vor den Parlamentswahlen die ethnischen Spannungen.

## EU macht Druck auf UN-Gipfel

JOHANNESBURG: Auf dem UN-Gipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg ist ein Streit zwischen der Europäischen Union und den USA entbrannt. Anlass war die Forderung der EU, die noch strittigen Fragen den Ministern zur Klärung zu überlassen und nicht mehr länger auf unterer Ebene zu erörtern. Die EU will damit offenbar Druck machen, um dem am Mittwoch nächster Woche zu Ende gehenden Gipfel zum Erfolg zu verhelfen. Nach dem Willen der EU sollen 14 strittige Punkte den Ministern vorgelegt werden, darunter Massnahmen zur Bekämpfung der Korruption und die Festsetzung neuer Ziele zur ausreichenden sanitären Versorgung der Menschen in der Dritten Welt. Hintergrund des Streits ist die Weigerung der USA, bestimmte Ziele festzuschreiben. Das Gastgeberland Südafrika erklärte, es prüfe den Vorschlag und wolle später darüber entscheiden. Die Teilnehmer des Gipfels erzielten über eine Klausel im Aktionsplan des Gipfels zur Chemikalienproduktion Einigung.